SPD FRAKTION SCHLESWIG-HOLSTEIN

Heimo Zwischenberger
Pressesprecher der SPD-Landtagsfraktion

Adresse Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel
Telefon 0431 988 1305
Telefax 0431 988 1308
E-Mail h.zwischenberger@spd.ltsh.de
Webseite www.spd-fraktion-sh.de

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:
http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek

LANDTAGSREDE – 12.November 2026

Sophia Schiebe
Familien brauchen Verlässlichkeit und keine Rückschritte
TOP 25: Kinderkrankentage dauerhaft sichern – Familien nicht zusätzlich belasten (Drs. 20/5001(neu))

„Ich habe mit meinem Kind gesprochen. Es hat mir versprochen, sich mit seinen Infektionen ab 2027 entsprechend anzupassen."
Diesen Satz habe ich im Zuge meiner Recherche für die heutige Debatte auf einer Social-Media-Plattform gelesen. Und ich finde, er bringt die Absurdität der aktuellen Debatte ziemlich auf den Punkt.
Denn Kinder werden nun einmal nicht nach Kalender krank.
Sie bekommen nicht weniger Fieber, weil der Gesetzgeber weniger Kinderkrankentage vorsieht. Und sie werden auch nicht schneller gesund, nur weil ihre Eltern wieder zur Arbeit müssen.
Liebe Kolleg*innen,
aktuell haben gesetzlich krankenversicherte Eltern unter den entsprechenden Voraussetzungen Anspruch auf 15 Kinderkrankentage pro Kind und Elternteil. Für Alleinerziehende sind es 30 Tage. Ab 2027 droht die Rückkehr zu zehn beziehungsweise 20 Tagen.
Und genau das wollen wir verhindern.
Deshalb haben wir als SPD-Fraktion den Antrag des SSW gerne mitgezeichnet. Vielen Dank an die Kolleg*innen des SSW für diese wichtige Initiative.
Für uns ist klar: Familien brauchen Verlässlichkeit und keine Rückschritte.
Gerade in den ersten Lebensjahren gehören Infekte zum Alltag. Kaum ist die eine Erkältung überstanden, kommt die nächste. Und manchmal wird aus einem harmlosen Infekt eben doch eine längere Erkrankung.
Denn brauchen Kinder vor allem eines: jemanden, der für sie da ist.
Aber was passiert eigentlich, wenn die Kinderkrankentage aufgebraucht sind, das Kind aber trotzdem krank wird? Dann stehen Eltern vor einer schwierigen Entscheidung. Nehmen sie Urlaub, sofern das überhaupt möglich ist? Oder bringen sie ihr Kind vielleicht doch krank in die Kita oder in die Schule, weil sie schlicht keine andere Möglichkeit sehen?

Und genau das kann einen regelrechten Rattenschwanz nach sich ziehen.
Denn ein krankes Kind steckt möglicherweise andere Kinder an. Diese Kinder müssen dann ebenfalls zu Hause bleiben. Vielleicht infizieren sich auch Erzieher*innen oder Lehrkräfte. Und wenn Personal ausfällt, kann das wiederum Auswirkungen auf die Betreuung und den Unterricht haben.
Am Ende stehen also noch mehr Familien vor genau dem gleichen Problem.
Was auf den ersten Blick wie eine Einsparung aussieht, kann an anderer Stelle zu zusätzlichen Belastungen führen.
Deshalb geht es bei den Kinderkrankentagen nicht nur um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es geht auch um den Schutz der Kinder, um die Gesundheit der Beschäftigten und um die Verlässlichkeit unserer Bildungs- und Betreuungseinrichtungen.
Auch auf Bundesebene hat sich die SPD deutlich gegen diese Kürzung ausgesprochen.
Unsere familienpolitische Sprecherin im Bundestag, Jasmina Hostert, hat einen wichtigen Punkt angesprochen. Bereits die Debatte über eine Krankmeldung ab dem ersten Tag habe Eltern unter einen ungerechtfertigten Generalverdacht gestellt. Die geplante Kürzung der Kinderkrankentage setze diese falsche Logik fort.
Und ich finde, sie hat vollkommen recht.
Denn was steckt eigentlich hinter solchen Debatten? Viel zu häufig doch die Vorstellung, dass Menschen ihre Krankheitstage oder die Erkrankungen ihrer Kinder ausnutzen könnten.
Aber Eltern, die morgens mit einem fiebernden Kind aufwachen, brauchen keinen Generalverdacht. Sie brauchen Unterstützung und vor allem die Möglichkeit, für ihr Kind da zu sein.
Die SPD hat sich auf Bundesebene gegen diese Verschlechterung ausgesprochen. Dass sich diese Position bislang nicht durchgesetzt hat, will ich hier auch gar nicht verschweigen.
Natürlich tragen wir als SPD im Bund Regierungsverantwortung. Und natürlich wissen wir, dass in einer Koalition Kompromisse notwendig sind.
Aber Kompromisse bedeuten nicht, dass wir unsere politischen Überzeugungen aufgeben.
Und unsere Überzeugung ist klar: Wir wollen Familien stärken und nicht ihre Möglichkeiten einschränken, sich um ihre kranken Kinder zu kümmern.
Deshalb ist es wichtig, dass wir auch aus Schleswig-Holstein ein deutliches Signal nach Berlin senden.
Dabei lohnt sich durchaus auch ein Blick über unsere Grenzen.
In Schweden stehen für die Betreuung eines kranken Kindes unter zwölf Jahren grundsätzlich bis zu 120 Tage im Jahr zur Verfügung. Diese können unter bestimmten Voraussetzungen sogar von anderen Betreuungspersonen, etwa den Großeltern, übernommen werden.
Natürlich lassen sich die Systeme nicht eins zu eins vergleichen. Aber das Beispiel zeigt doch, dass Familienpolitik auch anders gedacht werden kann.
Liebe Kolleg*innen,

kranke Kinder brauchen Zeit, um gesund zu werden. Und Eltern brauchen die Möglichkeit, ihnen diese Zeit zu geben.
Und deshalb lassen Sie uns gemeinsam ein klares Signal nach Berlin senden:
Kinderkrankentage dürfen nicht gekürzt werden. Familien brauchen Sicherheit statt zusätzlicher Belastungen.